



Lothar Kamp / Jürgen Büssow / Volker Jung

Fragen zum Ukraine-Krieg

16. März 2022

Inhalt

Vorbemerkung.....	2
Verhalten des Westens	2
Verhalten Russlands	3
Kurz- und mittelfristiges Handeln.....	7
Wirtschafts-Sanktionen	7
Sonstige Sanktionen	11
Militärisches Kurzfrist-Handeln	12
Kurz- und mittelfristige Lösungsoptionen.....	13
Langfristiges Handeln	16
Geostrategie und Sicherheits-Ordnung.....	16
Militärisches Langfrist-Handeln.....	16
Zukünftige Energiepolitik.....	17



Vorbemerkung

Der kriegerische Angriff Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 ist ein verbrecherischer Akt, der auf der ganzen Welt starke Emotionen und Anteilnahme, Solidarität und scharfe Proteste ausgelöst hat. Als Reaktion hat eine Gruppe westlicher und mit dem Westen verbundener Staaten tiefgreifende wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängt. Der aggressive kriegerische Akt stellt einen der massivsten Brüche des Völkerrechts der letzten Jahrzehnte dar. Während des derzeitigen Angriffes Russlands auf die Ukraine ist es schwierig, unter Einbeziehung der jüngeren Geschichte von Ost und West, vollständige Antworten zu geben oder gar rasche Lösungsmöglichkeiten zu entdecken. In der breiten, und teilweise höchst kontroversen Diskussion um diesen Krieg sind zahlreiche Fragen aufgeworfen worden, die über die gegenwärtige Situation weit hinaus von gravierender Bedeutung, aber teilweise sehr komplex und schwierig zu lösen sind. Im folgenden Text dokumentieren wir die uns als wichtig erscheinenden Fragen und liefern zu diesen jeweils Fakten. Wir gehen dabei davon aus, dass der Kriegsangriff Russlands durch nichts zu rechtfertigen ist, auch wenn die eigenen Verhaltensweisen des Westens in diesem Zusammenhang kritisch mit betrachtet werden müssen. Unsere Absicht ist es, eine Hilfestellung für die nun und in Zukunft intensiv zu führenden Diskussionen zu leisten. Wir beginnen mit kritischen Fragen zum Verhalten westlicher Staaten der jüngeren Geschichte, widmen uns dann Fragen zum Verhalten Russlands, und kommen dann zu kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsoptionen.

Verhalten des Westens

- Hat der Westen durch eigenes völkerrechtswidriges Verhalten generell (und weit vor Putin) die Tür zu völkerrechtswidrigen Vorgehensweisen geöffnet? Wären dann Staaten wie Russland, China, Indien oder andere dadurch zu ähnlichen Vorgehensweisen legitimiert?

Wichtige Ereignisse problematischen, völkerrechtswidrigen oder kriegsverbrecherischen Verhaltens des Westens waren: US-Atombomben-Abwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki (1945); US-Intervention in den Korea-Krieg 1950-1953; drohender Atomkrieg anlässlich der Kuba-Krise 1962; Kriegsverbrechen von Frankreich (1946-1954) und seitens der USA (1955-1973) in Vietnam; Umstürze von Regierungen und Ermordung Oppositioneller durch den CIA oder mit seiner Hilfe in Südamerika; militärische Interventionen der Nato auf dem Balkan (Kosovo-Krieg), einschließlich Bombenangriffen (1999); Destabilisierung des Nahen Ostens durch Stützung des Schah-Regimes in Persien (1941-1979), illegitime und völkerrechtswidrige Kriegsangriffe auf den Irak (2003-2011) und die Bombardierung Libyens (2011); militärische Interventionen des Westens in zahlreiche afrikanische Staaten. (Die Zeiten von Sklavenhandel, Kolonialismus und Imperialismus des Westens werden hier nicht behandelt)

Es widerspricht der Logik und auch den Konventionen, die die internationale Gemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in zahlreiche Verträge gefasst hat, dass das Unrecht eines Staates einen anderen Staat zu unrechtem Verhalten legitimiert. Und umgekehrt enthebt völkerrechtswidriges Verhalten eines Staates einen anderen Staat, der in seiner Vergangenheit völkerrechtswidrig gehandelt hatte, nicht von seiner Pflicht und Verantwortung, das eigene Verhalten kritisch aufzuarbeiten mit dem Ziel, dieses Verhalten in der Zukunft niemals wieder zu begehen.



- Hat der Westen mit seiner Politik Russland (nicht nur die politische Führung entscheidend prägende Geheimdienstler-Gruppe, sondern insgesamt das russische Volk) in den letzten vier Jahrzehnten herabgewürdigt, hintergangen, getäuscht oder gedemütigt?

Beispiele, die dazu genannt werden, sind: Missachtung der oft zitierten, aber umstrittenen mündlichen Zusage westlicher Mächte an Russland im Februar 1990, dass die Nato sich nicht nach Osten ausdehnen werde (Pro-Position in Der Spiegel 26.02.22, S. 44 f., Gegenposition in Süddeutsche Zeitung 05.03.2022, S. 7); Barack Obamas Bezeichnung Russlands als „bloße Regionalmacht“; die Vorhaltung der russischen Führung, der Westen habe sich militärisch (Nato), wirtschaftlich, politisch und kulturell ohne Rücksicht auf Russlands Interessen immer weiter in Richtung Russland ausgedehnt.

- Hat es der Westen schuldhaft versäumt, Russland (unabhängig von Putin) eine Modernisierungs-Partnerschaft *auf Augenhöhe*, mit einer Win-win-Situation für beide Seiten und nicht nur mit einem renditegesteuerten Abschöpfungsinteresse, anzubieten? Hätte sich daraus eine friedliche Partnerschaft entwickeln können?

Inzwischen gibt es viele selbstkritische Diskussionen in westlichen Ländern, die davon ausgehen, und dies als große verpasste Chance ansehen.

- War die Haltung des Westens Russland gegenüber naiv? Hat der tiefe Glaube des Westens an die eigenen Werte ihn blind gemacht für die Entschlossenheit von Staaten, Einflussphären mit militärischer Gewalt auszudehnen? Waren pazifistische Positionen unbedarft? Hat man Russlands Absicht nicht vorhersehen können? War das Verhalten Putins bzw. des engen russischen Führungszirkels klar prognostizierbar? Oder handelt es sich um eine besserwisserische Haltung, nach der man ja „alles schon wissen konnte“? (Siehe dazu Informationen zum Verhalten Russlands im nächsten Kapitel.)
- Man könnte hier Gegenfragen stellen

Verhalten Russlands

- Was löste den Kriegs-Angriff auf die Ukraine aus?

Einen unmittelbaren Auslöser scheint es nicht zu geben. Bereits seit dem Frühjahr 2021 hatte Russland seine militärische Präsenz entlang der ukrainischen Grenze immer weiter erhöht. Eine gegen Russland gerichtete politische oder militärische Aktion in jüngerer Zeit ist nicht zu erkennen. Auch stand seitens der Ukraine ein Beitritt weder zur EU noch zur Nato an. Plausibel ist es anzunehmen, dass der Angriff auf die Ukraine ein lange geplanter Schritt Putins bzw. des engen politischen russischen Führungszirkels war, und auf einen günstigen Zeitpunkt gewartet wurde. Und dieser ergab sich wohl aus einer seitens Russlands angenommenen Schwäche des Westens, die sich an folgenden Phänomenen festmachen lässt: Eine erratische Präsidentschaft Trumps und seine grundsätzliche Infragestellung der Nato; Macrons Bezeichnung der Nato als „hirntot“; eine inzwischen schwache Präsidentschaft Bidens (schlechte Bewältigung der Corona-Pandemie; planloser und überstürzter Abzug westlicher Militärs aus Afghanistan; Rückzug der USA auf sich selbst); Differenzen in der EU (Probleme um Migration, Rechtsstaat und westliche Werte) und eine generelle Schwäche der EU aufgrund ihrer Uneinigkeit über gemeinsame Ziele; militärische Unkoordiniertheit und Bedeutungslosigkeit Europas, trotz eines fast viermal so großen Militär-Budgets wie Russland.



Putin lieferte begleitend zum Angriff einen rechtfertigenden, faktenleugnenden und faktenverdrehenden historischen Begründungs-Komplex: Die Ukraine ist kein eigener Staat, sondern immer schon genuiner Bestandteil Russland gewesen; das Land ist lediglich ein Kunstgebilde, geschaffen von der KPdSU nach der russischen Revolution; die Ukraine ist eine vom Westen installierte Nazi-Regierung (wobei Ministerpräsident Selenskyj jüdischer Herkunft ist); die Nato hat Russland unmittelbar militärisch bedroht.

- Hat Putin die Gewalt auf die geopolitische Agenda zurückgebracht?

Wichtige Informationen zum militärischen Verhalten Russlands gegenüber anderen Ländern in den letzten Jahrzehnten sind:

Russlands Einmischung und „Vermittlung“ im Krieg in Moldau (Moldawien) um die Abspaltung Transnistriens (1992); Russlands Einmischung und „Vermittlung“ in den Kriegen in Georgien um die Abspaltungen von Abchasien (1992/1993) und Südossetien(2008); erster Tschetschenien-Krieg und Invasion durch Russland (1994-1996), mit weitgehender Zerstörung der Hauptstadt Grosny und extrem vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung, aber Sieg des tschetschenischen Militärs; zweiter Krieg Russlands gegen Tschetschenien mit einer Kontrollübernahme Russlands in dem Land und Einsetzung einer moskauhörigen Regierung (1999-2009); Russlands Annexion der Krim, die völkerrechtlich zur Ukraine gehörte (2014); Russlands militärische Besetzung des ukrainischen Donbass (2014); Russlands militärische Intervention in Syrien mit massiven Bombardierungen der Regionen von Homs, Idlib und der Stadt Aleppo (2016), mit einer weitgehenden Zerstörung Aleppos und einer großen Zahl getöteter Zivilisten sowie mit dem Ergebnis des Machterhalts von Präsident Assad (dessen Statuserhalt nun vollständig von Russland abhängt) und des Aufstiegs Russlands zur führenden ordnenden Macht im Nahen Osten nach dem Rückzug der USA (2018); Russlands Intervention beim Machterhalt von Kasachstans Präsident Tokayev nach Protesten der Bevölkerung gegen hohe Gaspreise (Januar 2022); Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine (Januar 2022).

Historisch rückblickend zeigt sich, dass Putin von einer sehr großen und einflussreichen Gruppe ehemaliger Geheimdienstler ins Präsidentenamt gebracht worden war. Anfang der 1990-er Jahre drohte der damals etwa 480.000 Personen umfassenden Gruppe ehemaliger KGB-ler beim stattfindenden Zerfall der UdSSR ein ähnliches Schicksal wie der Stasi der ehemaligen DDR: Die vollständige Auflösung bzw. Zerschlagung. In der UdSSR bestanden 1990 zwei Machtzentren: der Zentralstaat mit Präsident Gorbatschow, dem auch der Geheimdienst unterstand, und der Oberste Sowjet der größten Teilrepublik der UdSSR, der russischen Föderation mit seinem Vorsitzenden Boris Jelzin. Es gelang Jelzin, Gorbatschow den KGB zu entreißen und in seine Zuständigkeit einzugliedern. Diese Zuständigkeit nahm Jelzin mit, als er Nachfolger Gorbatschows im Präsidentenamt der UdSSR wurde. Gegen diesen hatten kleine Gruppen traditioneller kommunistischer Parteikader sowie Geheimdienstler im August 1991 vergeblich einen Putsch durchzuführen versucht. Jelzin gelang es, die Aktion der Aufständischen niederzuschlagen. Zu diesem Zeitpunkt war er gerade zum Präsidenten der russischen Teilrepublik gewählt worden. Er übernahm nun faktisch die Macht in der UdSSR. Am 25.12.1991 trat Gorbatschow zurück. Die UdSSR löste sich am 26.12.1991 auf; die früheren Sowjet-Republiken wurden nun autonome Staaten. Jelzin half mit, die große Gruppe der Geheimdienstler geschlossen in die „neue Zeit“ von Demokratie und Orientierung an westlich-politischen Systemen herüberzueretten. Die Präsidentschaft Jelzins war in der Folge von wirtschaftlichem Chaos, Aneignung großer wirtschaftlicher Ressourcen durch Oligarchen und extremer Verarmung der Mehrheit der russischen Bevölkerung geprägt. Die Geheimdienstler erlebten die Zeit der 1990-er Jahre subjektiv als Demütigung und Erniedrigung durch den Westen. Insgesamt ist es dieser Gruppe jedoch gelungen, sich durch vermeintliche



Anpassungen an demokratische Strukturen herüberzuretten. Am 31.12.1999 schafften sie es, Jelzin, der zum Rücktritt gedrängt wurde, durch jemanden aus ihren Reihen zu ersetzen: Wladimir Putin. (siehe hierzu: Der Spiegel online 25.01.2013, 17.23 Uhr: „Wie der KGB die Sowjetunion überlebte“, sowie umfangreich: Catherine Belton, Putins Netz – Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste, 2022, und: Karen Dawisha, Putin's Kleptocracy, 2014)

- Ist die große Gruppe in der Tradition des russischen Geheimdienstes, die seit 2000 die Geschicke der russischen Föderation entscheidend mitbestimmt, dafür verantwortlich gewesen, dass die Herausbildung einer Demokratie in Russland in jüngerer Zeit rigoros unterdrückt und jeder Demokratieansatz, in jüngster Zeit umso heftiger, erstickt wurde?

Der russische Geheimdienst war bei den staatlichen Aktionen gegen Oppositionelle, gegen Demonstrationen und Proteste und gegen die Medien ganz offenbar jeweils entscheidend beteiligt gewesen. Er ist mit seinen drei Organisationen tief im institutionellen Machtgefüge Russlands verankert.

- Verfolgen Putin bzw. der engere politische russische Führungszirkel den umfassenden Plan der Errichtung bzw. Wiederherstellung eines großen Imperiums, in dem konzentrisch gestufte Einflusszonen geschaffen werden?

Die bisherigen Geschichtsverläufe legen dies nahe. Die innere Einfluss-Zone Russlands würde nach diesen Vorstellungen dabei neben Russland vor allem Belarus, Armenien, Kasachstan, Ukraine, Kirgistan und Tadschikistan umfassen, die bereits jetzt, außer der Ukraine, entscheidend unter russischem Einfluss stehen; zur zweiten Zone zählten dann Georgien, Moldau, Aserbaidshan und Mongolei; in die dritte Zone ließen sich Usbekistan, Turkmenistan, der Balkan und der Nahe Osten einordnen; zur vierten gehörten viele sonstige Länder Afrikas; und zur fünften Teile Südamerikas.

- Die mit dem letzten Punkt verbundenen Fragen wären: Betrachtet Putin zumindest für die erste Zone den Einsatz militärischer Gewalt als höchst legitim? Woraus leitet sich diese „Legitimität“ ab? Gibt es Wege und Chancen, mit Putin die Großmacht-Strategie zu diskutieren?

Im Falle des Kriegs-Angriffs auf die Ukraine leitet Putin die Legitimität dazu aus einem rechtfertigenden, faktenleugnenden und -verdrehenden historischen Begründungs-Komplex ab: Die Ukraine ist kein eigener Staat, sondern immer schon genuiner Bestandteil Russland gewesen; die Ukraine ist lediglich ein Kunstgebilde, geschaffen von der KPdSU nach der russischen Revolution; die Ukraine ist eine vom Westen installierte Nazi-Regierung (Ministerpräsident Selenskyj ist jüdischer Herkunft). Der Westen und die Nato greifen Russland an, wogegen Russland sich wehren müsse. Eine Diskussions-Grundlage für dieses Verständnis Russlands zu finden war und ist offenbar schwierig.

- Will Putin Russland im Rahmen einer gestärkten Großmacht Europas Schicksal nun entscheidend mitbestimmen oder gar dominant bestimmen? Sieht Putin dabei Europa bzw. die EU als Verhandlungspartner auf Augenhöhe an, oder möchte er entsprechende Fragen ohne Europa mit den USA verhandeln?

Putin hat sich auf der Münchener Sicherheits-Konferenz 2007 von westlichen Demokratievorstellungen distanziert und die Ziele eines deutlich verstärkten Einflusses auf die europäische Ordnung offen vorgestellt und seitdem konsequent verfolgt. In den Monaten vor dem Kriegsangriff auf die Ukraine hat er versucht, unmittelbar mit US-Präsident Biden eine Diskussion über die europäische Ordnung zu beginnen, ohne dabei die europäische Ebene miteinzubeziehen. Biden hat Europa erst verspätet



hinzugezogen. In absehbarer Zukunft können die USA für Russland wohl kein isolierter Gesprächspartner mehr sein.

- Gibt es eine russische Legitimität, die vielen, vorwiegend im Westen entworfenen, seit den 1960-er Jahren abgeschlossenen internationalen Verträge ab bestimmten, von Russland empfundenen Schwellenüberschreitungen, nicht mehr oder nicht mehr vollständig anzuerkennen?

Relevante Verträge in diesem Zusammenhang sind: Konferenz von Jalta (1945) mit der Festlegung von Einflussphären der Vertragsmächte (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich) in Europa; UN-Charta (1945), Gründungsvertrag der Vereinten Nationen mit 193 Mitgliedern und dem darin enthaltenen Gewaltverbot gegenüber anderen Staaten; Helsinki-Schlussakte (1975) mit einem Konzept für gemeinsame Sicherheit in Europa; Charta von Paris (1990), die das Helsinki-Abkommen nochmals bekräftigte; Budapester Memorandum (1994) im Rahmen einer KSZE-Konferenz, ein Schrittmacher für den späteren Atomwaffen-Sperrvertrag, und nach dem die Ukraine ihre Atomwaffen vollständig an Russland abgab und im Gegenzug die Garantie (!) territorialer Integrität erhielt; Nato-Russland-Akte (1997) mit Bildung des Nato-Russland-Rates und der Regelung der Beziehungen, der Sicherheit und der Zusammenarbeit zwischen Nato und russischer Föderation, und die die Achtung der Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Staaten garantiert; OSZE-Schlussakte zur Regelung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (1999); Minsker Vereinbarungen 2014/2015 nach der Besetzung des Donbass durch Russland. In Bezug auf den Ukraine-Krieg sind die Brüche des Budapester Memorandums und der Minsker Vereinbarungen durch Russland von besonderer Bedeutung. Kann Russland so noch als verlässlicher Partner in völkerrechtlichen Vereinbarungen betrachtet werden?

Andere wichtige Ereignisse in diesem Zusammenhang sind: Zwei-plus-vier-Verhandlungen um die deutsche Einheit 1989/1990; Zustimmung Gorbatschows zur deutschen Wiedervereinigung (10.02.1990); umstrittene mündliche „Zusagen“ der USA und Deutschlands, dass die Nato sich nicht nach Osten ausdehnt (Januar 1991); Ende der UdSSR Dezember 1991; Kosovo-Krieg 1999 mit Bombardements durch die Nato (Serbien war historisch über lange Zeiträume Bündnispartner von Russland); Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns in die Nato (12.03.1999); „Rosen-Revolution“ in Georgien (2003); „Orangene Revolution“ in der Ukraine (2004); Wahlgewinn Viktor Juschtschenkos zum Präsidenten der Ukraine in einer Stichwahl gegen den von Russland gestützten Kandidaten Viktor Janukowytsch, nachdem bei vorherigen Wahlgängen Wahlfälschungen zugunsten Janukowytsch aufgedeckt wurden (2004); Entmachtung des Russland-freundlichen Präsidenten Askar Akajew in der „Tulpenrevolution“ in Kirgisistan (2005); Stopp russischer Gaslieferungen an die Ukraine (01.01.2006, zur Zeit der Präsidentschaft Juschtschenkos); Rede Putins auf der Münchener Sicherheitskonferenz (2007), in der er seine Abwendung vom Westen und eine eigene Agenda erklärt; Nato-Gipfeltreffen 2008, bei dem erste Verhandlungen um Nato-Beitritte der Ukraine und Georgiens stattfanden, die Beitritte jedoch am Widerstand Deutschlands und Frankreichs scheiterten (was auch als Berücksichtigung der Sicherheits-Interessen Russlands gewertet werden kann); Einmarsch Russlands in Georgien und Bombardierung zahlreicher georgischer Städte, nachdem der georgische Präsident Saakaschwili Südossetien wieder unter georgische Kontrolle bringen wollte (2008); massenhafte Proteste in Russland im Winter 2011/12 angesichts Putins Rückkehr in die Regierung und offener Wahl-Manipulationen; Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (2013/14), verhandelt durch den ukrainischen Präsidenten Janukowytsch, den Putin anschließend zur Rücknahme des Abkommens zwang.



- Angenommen, eine teilweise oder eine gänzliche Nicht-mehr-Anerkennung dieser Verträge seitens Russlands wäre teilweise nachvollziehbar: Hätte Russland dann die Berechtigung, einen völkerrechtswidrigen Eroberungsfeldzug gegen die Ukraine durchzuführen?

Alle oben genannte Verträge wurden intensiv mit Russland verhandelt und Russland hat seine Unterschrift unter diese gesetzt. Russland hat vor dem Angriff in jüngster Zeit nicht verlangt, die Verträge einer Überprüfung und gegebenenfalls Neugestaltung zu unterziehen. In der Völkergemeinschaft gilt, dass Verträge einzuhalten sind und so erst Verlässlichkeit und friedliche Koexistenz untereinander möglich sind.

- Ist Russland seit dem Angriffskrieg auf die Ukraine international isoliert?

Im relativ kleinen Ständigen Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (fünf ständige Mitglieder: Frankreich, Russland, Vereinigte Staaten, Vereinigtes Königreich, Volksrepublik China; 10 nicht-ständige Mitglieder) enthielten sich bei einer Abstimmung zur Verurteilung des russischen Angriffs gegen die Ukraine China, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate. In der Vollversammlung der Vereinten mit ihren 193 Mitgliedern stimmten 141 Staaten für eine Verurteilung des russischen Angriffs, 35 enthielten sich, und fünf Staaten stimmten dagegen: Russland, Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea.

Der Europarat ist eine Vereinigung von 47 europäischen Ländern (nicht zu verwechseln mit dem Europäischen Rat, einer EU-Institution, in der die Staatschefs der 27 EU-Länder vertreten sind). Im Europarat sucht man laufend Verständigung über Fragen zur Ordnung und zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa. Die Gremien des Rates haben nach dem Angriff auf die Ukraine den Ausschluss Russlands auf den Weg vorbereitet. Russland kam dem Ausschluss mit dem eigenen Austritt zuvor. Damit gehört Russland auch nicht mehr der Jurisdiktion des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte an. An viele Urteile des Gerichtes hatte sich Russland zuvor aber ohnehin nicht mehr gehalten.

Kurz- und mittelfristiges Handeln

Wirtschafts-Sanktionen

- Welche Sanktionen wurden gegen Russland verhängt und welche voraussichtlichen Wirkungen werden sie für dieses Land haben?

Die Sanktionen-verhängenden Staaten sind: EU, Großbritannien, USA, Japan, Südkorea, Australien und einige weitere Partner-Länder. Die Sanktionen waren vorbereitet und wurden nach dem russischen Angriff innerhalb weniger Tage verhängt. Dass dies in der EU rasch und in Einmütigkeit aller 27 Mitgliedsländer geschehen würde, war so nicht erwartet worden.

Bei den Sanktionen handelt es sich um folgende: (1) Ausschluss zahlreicher russischer Banken aus dem vom Westen eingerichteten Swift-Zahlungssystem, so dass große Teile der russischen Wirtschaft in ihren Zahlungsvorgängen, und damit in ihrer Tätigkeit, sehr stark behindert werden. In einem weiteren Schritt hat die EU drei wichtige belarussische Banken aus dem Swift-System ausgeschlossen. (2) Die russische Zentralbank hatte in jüngerer Zeit einen sehr großen Devisenbestand im Umfang von etwa 630 Mrd. Dollar angehäuft, mit dem Russland lange Zeit sein Militär, seine Wirtschaft und seine staatlichen Aufgaben hätte finanzieren können. Ein großer Teil dieser Devisen, der quasi im Westen „lagert“ (ca. 50 Prozent, genaue Zahlen liegen nicht vor),



ist dort nun blockiert worden, sodass Russland nicht mehr darüber verfügen kann. Die Zentralbank war gezwungen, ihren bereits sehr hohen Leitzins von 9,5 Prozent auf 20 Prozent zu erhöhen, um den Absturz des Rubels zu bremsen. Dies führt zu deutlich höheren Kreditzinsen in Russland. Der russische Rubel ist im Außenwert trotz dieser Aktion zwischen 30 und 40 Prozent im Wert zurückgegangen, sodass ausländische Güter bedeutend teurer werden, was die bereits sehr hohe Inflation in Russland weiter antreibt. (3) Einfrieren von Vermögens-Gegenständen russischer Oligarchen im westlichen Ausland. Die Erwartung dabei ist, dass einflussreiche Oligarchen Druck auf Putin auszuüben im Sinne einer Rücknahme der kriegerischen Handlungen gegenüber der Ukraine. (4) Aussetzen der Lieferung wichtiger Produkte und Technologie-Komponenten für russische Produktionen, für die Erschließung von Rohstoffen oder für die Wartung von Flugzeugen oder Maschinen. Hinzukommen die Abbrüche von Zusammenarbeit zwischen westlichen und russischen Unternehmen. Und zuletzt haben (5) einzelne Länder, angeführt von den USA, begonnen, den Bezug von Gas, Öl oder Kohle von Russland einzustellen. Weiteren Druck auf Russland entfalten auch die teils temporären, teils langfristigen Rückzüge westlicher Unternehmen aus Russland oder auch der Stopp vieler Exporte aus westlichen Unternehmen nach Russland. Eine Reihe deutscher Unternehmen haben ihre Produktionen in russischen Tochter-Unternehmen stillgelegt oder ihre Geschäfte mit Russland eingestellt, z.B. BMW, Mercedes, VW, Adidas, Uniper, Wintershall Dea, Siemens, SAP, BASF oder Airbus. Zuletzt waren 3650 deutsche Unternehmen in Russland aktiv. Sie hatten in jüngerer Zeit 24 Mrd. Euro in dem Land investiert und 280.000 Mitarbeiter dort beschäftigt. Siemens war dabei, mit russischen Firmen Hochgeschwindigkeitszüge zu produzieren und das russische Schienennetz zu modernisieren; Airbus hatte die Staats-Airline Aeroflot als Großkunden. Konzerne wie Nestlé, Unilever und Metro wollen in Russland bleiben.

US-Tech-Konzerne haben ihre Geschäfte in Russland zumindest für die nächste Zeit aufgegeben, z.B. Apple, Dell und HP. Die südkoreanische Samsung und die taiwanische TSMC (beide sind Chip-Hersteller) haben sich dem angeschlossen. Viele sonstige internationale Unternehmen haben sich aus Russland zurückgezogen, darunter Visa, Mastercard McDonald's, Ikea, Obi, Netflix, Zara, Boss und H&M. Die Zahl dieser Unternehmen steigt jeden Tag weiter an.

Das Einfrieren von Vermögen russischer Oligarchen ist rechtlich und von der Identifizierung der Eigentumsstrukturen her kompliziert und in den meisten Fällen wohl gar nicht möglich. Jedenfalls ist diese Sanktion bisher nicht sehr wirksam.

Der russische Aktienmarkt ist stark eingebrochen. Russische Staats-Anleihen und viele russischen Unternehmens-Anleihen sind von den führenden Rating-Agenturen auf Ramsch-Status herabgestuft worden. Würde Russland im März die Zinsen auf Staatsanleihen an ausländische Investoren nicht oder nicht in Dollar bezahlen, würde der russische Staat von den Rating-Agenturen als zahlungsunfähig eingestuft, könnte deswegen auch keine Staatsanleihen mehr im Ausland platzieren und hätte jegliches Vertrauen verloren. Investoren in russische Anleihen können diese zu einem erheblichen Teil wohl abschreiben. Gegenwärtig liegen die Kurse russischer Anleihen zwischen 20 und 40 Prozent ihres Nominalwertes, zu dem zurückgezahlt werden sollen.

Man kann erwarten, dass in Russland zahlreiche Unternehmen insolvent gehen werden, darunter wohl eine Reihe von Banken. Viele Investitionsgüter und viele Güter des täglichen Bedarfs werden sehr stark im Preis ansteigen. Die russische Luftfahrt zerfällt. Arbeitsplatz- und Lohnverluste sowie die steigenden Preise und die geringere Verfügbarkeit von Waren werden den Großteil der russischen Bevölkerung hart treffen.

Die starken Wirkungen der Wirtschafts-Sanktionen führten sicherlich mit dazu, dass Putin diese als „Waffen“ bezeichnet hat, vergleichbar mit militärischen Waffen. Es



kann sein, dass große Teile der russischen Wirtschaft in den nächsten zwei bis drei Monaten abstürzen. Wie die russische Führung darauf reagieren wird, ist zurzeit unklar. Jedoch hat Russland weiterhin sehr große Deviseneinnahmen. Diese und die noch verfügbaren Devisen ermöglichen dem Land, eine längere Phase die Wirtschafts-Sanktionen durchzustehen. Inwieweit sich massiver Unmut in der russischen Bevölkerung breit macht, die dem obersten russischen Führungszirkel in nächster Zeit gefährlich werden könnte, ist schwer abzuschätzen. Ob das in kurzer Frist einen Einfluss auf die militärischen Aktionen hat, hängt davon ab, ob Putin infolge der wirtschaftlichen Probleme die Bevölkerung zu verlieren beginnt und ob die militärischen Operationen aus russischer Sicht Erfolge verzeichnen, oder aber sich zäh dahinziehen und exorbitant teuer werden.

In westlichen Ländern könnten stark negative Rückwirkungen der Sanktionen gegen Russland bei den Bevölkerungen zu großem Unmut führen, sodass die westlichen Regierungen mittelfristig unter Druck geraten könnten, die Sanktionen teilweise zurücknehmen zu müssen.

- Welche Wirkungen haben die westlichen Sanktionen auf Europa und speziell auf Deutschland?

Die Preise für fossile Brennstoffe befanden sich bereits vor dem Ukraine-Krieg deutlich im Anstieg, vor allem wegen wirtschaftlicher Verwerfungen durch die Corona-Krise, durch den Anstieg der Zertifikat-Preise im europäischen Emissionshandel, durch die Einführung weiterer CO₂-Abgaben, durch die Wiedererhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 auf 19 Prozent, wegen eines nicht ausgedehnten Angebotes der Lieferländer sowie aufgrund der Arbeit mit Terminkontrakten auf Rohstoffmärkten, auf denen statt gegenwärtiger Marktmengen Zukunftserwartungen gehandelt werden. Der russische Angriff hat den Preisanstieg weiter beschleunigt, aber gemessen an den anderen Faktoren nicht sehr stark. Weitere Auswirkungen gibt es für Anleger oder Sparer der sanktionierten russischen Banken, die einen Teil ihrer Vermögen verlieren könnten. Außerdem haben sich deutsche Unternehmen aus Russland zurückgezogen und erleiden (relativ geringe) Umsatzeinbußen.

Gas wird in Deutschland nicht nur für die Erzeugung von Heizungs-Wärme und Strom verwendet, sondern auch für Prozesswärme oder als Ausgangs-Rohstoff in der Chemie-Industrie und anderen Zweigen. Deutschland ist aber nicht nur im Bereich fossiler Energieträger von Russland und seinen angrenzenden Staaten abhängig, sondern auch von anderen Rohstoffen, beispielsweise von Edelgasen aus der Ukraine (Halbleiter-Produktion), von Kali-Salzen (Düngemittel-Produktion) und von Palladium, Titan und Nickel (Verwendungen im Automobilsektor, im Flugzeugbau, in der Chemieindustrie oder bei Elektronikbauteilen und in der Batterie-Technik).

Anders als in der Russland-Krise von 1998 erwarten die meisten Ökonomen keine von den Sanktionen ausgelöste internationale Finanzkrise. Im Unterschied zu damals sind wichtige Finanzmarkt-Akteure nicht tief in Finanzkontrakte im Zusammenhang mit der Entwicklung der russischen Wirtschaft verstrickt.

- Hat der Westen eine Legitimität für die Verhängung von wirtschaftlichen Sanktionen? Woraus leitet sich diese ab?

Die Legitimität lässt sich ableiten aus den Konventionen der Vereinten Nationen, nach denen autonome Staaten, die von anderen Staaten unrechtmäßig militärisch angegriffen werden, Unterstützung erfahren dürfen, sowohl durch Sanktionen, als auch durch Waffenlieferungen.



- Waren die Sanktionen im Falle der Krim-Annexion Russlands in 2014 zu schwach?

Die damals verhängten Sanktionen hatten Russland zwar getroffen, aber nicht sehr tiefgehend. Es wurden außerdem keine schweren Sanktionen für den Fall angedroht, dass Russland seine kriegerischen Angriffe in größerem Maßstab fortsetzen sollte. Man hatte derartige Angriffe nicht als wahrscheinlich angenommen.

- Könnte Russland Gegenmaßnahmen gegen die Sanktionen ergreifen?

Möglich wäre es, dass Russland von sich aus alle Lieferungen fossiler Energieträger sowie weiterer Rohstoffe an den Westen einstellt. Was Russland davon abhalten könnte ist, dass es angesichts der Blockade seiner Zentralbank-Devisen andere Devisen dringend für die Finanzierung seiner Wirtschaft, seines Militärs und seiner staatlichen Aufgaben braucht. Russland könnte auch selbständige Tochterfirmen westlicher Unternehmen in Russland (z.B. Banken) enteignen. Auch hier ist das Risiko für Russland hoch, da viele westliche Firmen zahlreiche russische Arbeitnehmer beschäftigen. Viele westliche Unternehmen, die in Russland die Produktion eingestellt haben, zahlen trotzdem Löhne an die bisherigen russischen Beschäftigten weiter.

- Treibt man Russland durch zu harte Sanktionen in die Arme Chinas? Entwickelt sich daraus ein größerer, „gefährlicherer“ Machtblock? Oder hält China eine kritische Distanz zu Russland, weil es selbst die großen Vorteile der Verflechtung mit dem Westen sieht, bzw. die Nachteile, wenn der Westen ähnliche Sanktionen gegen China verhängte? Und hält China deswegen die russische Vorgehensweise für falsch?

China denkt nicht *in erster Linie* militärisch, sondern ökonomisch. Für China ist Russland im Vergleich zum Westen ein sehr kleiner Markt. China dürfte wohl so weit wie möglich vermeiden wollen, von westlichen Märkten völlig abgeschnitten zu werden, weil dies eine sehr stark negative Wirkung auf ihre Wirtschaft hätte. Und jetzt hat es quasi vorgerechnet bekommen, wie teuer beispielsweise ein Angriff auf Taiwan für es werden könnte. In vielen (nicht in allen) Bereichen, in denen der Westen keine High-Tech-Produkte und -Komponenten mehr an Russland liefert, kann China aushelfen, und wird dies vermutlich tun. Gibt Russland in diesen Feldern aber die Abhängigkeit gegenüber dem Westen auf, gerät es in eine neue Abhängigkeit zu China. Russland ist anders als China nicht in der Lage, in allen wesentlichen High-Tech-Feldern aufzuschließen.

In China gelten seit 1953 offiziell fünf Grundprinzipien für seine Außenpolitik: territoriale Souveränität (von autonomen Staaten); Nichtaggression; Nichteinmischung; Egalität und Reziprozität; friedliche Koexistenz. Nach dem Angriff Russlands versucht China nach außen hin, eine gewisse Balance zum Westen und zu Russland hin zu halten: Negative Bewertung des russischen Angriffs; Betonung, dass Russlands berechnete Sicherheitsinteressen zu respektieren sind; zugleich hatte China zusammen mit Russland erklärt, dass „die Freundschaft zwischen China und Russland keine Grenzen“ kennt. Zum einen scheint China zu sehen, dass ein Kopieren der „archaischen“ Vorgehensweise Russlands gefährlich für die eigene Ökonomie sein könnte, was für die mit dem Westen noch viel stärker verflochtene chinesische Wirtschaft umso mehr gilt. China könnte in dem Konflikt eine Rolle als mächtiger Vermittler wahrnehmen und seine internationale Stellung dadurch nochmals stärken.

Es ist zurzeit relativ unwahrscheinlich, dass China aus dem Ukraine-Krieg direkte positive Schlüsse für sein Vorgehen in Hongkong und für einen möglichen Angriff auf Taiwan zieht. Die Folgen wären für das Land zu groß.



- Sollen die Sanktionen auch langfristig in Kraft bleiben? Sollten sie noch weiter verschärft werden? Sollte mittelfristig der Bezug von Kohle, Öl und Gas aus Russland komplett und endgültig eingestellt werden?

Eine derartige Strategie, wenn sie der gesamte Westen verfolgen würde, dürfte eine massiv-negative Schock-Wirkung auf die russische Wirtschaft und auf die Finanzkraft des russischen Staates und des russischen Militärs haben. Die USA haben auf Anweisung ihres Präsidenten den Bezug von fossilen Energieträgern aus Russland vollständig eingestellt. Sie werden dies teilweise kompensieren können durch Steigerung der eigenen Produktion. Außerdem versuchen sie, zusätzliches Öl aus Ländern zu beziehen, zu denen es schwierige Beziehungen hat, wie Venezuela oder Saudi-Arabien. Für Deutschland hätte die vollständige Einstellung des Bezugs fossiler Energieträger aus Russland vermutlich sehr starke negative Wirkungen. Es geht dabei nicht vorrangig um einen gewissen Komfort-Verlust privater Haushalte. Einige deutsche Ökonomen kommen zu dem Ergebnis, dass derartige Maßnahmen mit recht hoher Wahrscheinlichkeit schwere volkswirtschaftliche Schäden in Deutschland anrichten, das deutsche wirtschaftliche Wachstum um bis zu fünf Prozent einbrechen lassen und hierzulande eine tiefe Wirtschaftskrise auslösen würden, mit einer vertieften Spaltung der deutschen Gesellschaft. Die deutsche Bevölkerung könnte dann recht schnell der Politik das Vertrauen entziehen. Dies muss bei Steigerungen der Sanktionsmaßnahmen mit bedacht werden.

- Sollten sich deutsche Unternehmen ganz aus Russland zurückziehen oder ganz die Kooperation mit russischen Partnern einstellen? Sollte sich die gesamte Wirtschaft der EU (sowie Großbritanniens) vollständig aus der Kooperation mit der russischen Wirtschaft zurückziehen? Sollte eine komplette wirtschaftliche Entflechtung des Westens von Russland erfolgen? Oder würde dies die Konflikt-Gefahr mit Russland erst recht verstärken? Bleiben wirtschaftliche Kooperation und Verflechtung nicht immer eine Brücke der Verständigung zwischen Staaten?
- Welche Rolle und bis zu welcher Grenze spielt in Zukunft überhaupt noch Diplomatie gegenüber Russland (und gegenüber China, Indien, ...)? Ist der Ansatz „Wandel durch Handel“ praktisch tot?
- Welche Rolle kommt den Medien zu?

Die Rolle der Medien kann in dieser Situation wohl kaum überschätzt werden. Ihre Aufgabe ist es, möglichst viele der wichtigsten Informationen sowie kontroverse Einschätzungen und Interpretationen zu liefern, damit die Bürger*innen zu eigenen, fundierten Meinungen kommen können. Da Sensationsberichte und gefühlsverstärkende bzw. -aufputschende Beiträge Auflagen- und Zugriffszahlen erhöhen, unterliegen Medien immer auch problematischen Verlockungsgefahren. Bei einzelnen Berichterstattungen ist teilweise ein bellizistischer Charakter wahrzunehmen, der für ein besonnenes Verhalten des Westens nicht hilfreich ist.

Sonstige Sanktionen

- Sollten Kooperations-Beschränkungen bei Sanktionen auch die Bereiche der Kultur, des Sports und der Wissenschaft umfassen?

Historisch haben diese Bereiche in schwierigen oder in Konflikt-Situationen oft eine Brückenfunktion gehabt und Kontakte und Kooperationen aufrechterhalten.



- In wieweit sollte Russland gänzlich aus größeren politischen Zusammenhängen ausgeschlossen werden (G8, G20, Regulierungs-Institutionen, Internationaler Weltwährungsfonds ...). Inwiefern kooperiert man noch mit Russland in den UN, in der KSZE, in der OSZE, in Umweltverträgen ...?

Ein vollständiger Ausschluss und Abbruch der Zusammenarbeit beseitigt möglicherweise noch wichtige Gesprächs-, Verständigungs- und Verhandlungskanäle.

Militärisches Kurzfrist-Handeln

- Beinhaltet der Ukraine-Krieg die Gefahr eines Nuklear-Krieges?

Putin hat indirekt mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht, wenn sich Russland selbst bedroht sieht. Dies kann ein taktisches Manöver sein, um den Westen von jeglicher militärischen Unterstützung der Ukraine abzuhalten. Es kann aber auch das Mitkalkulieren dieser Option für den Fall bedeuten, dass Russland bei seiner Vorgehensweise in der Ukraine (und eventuell in noch weiteren osteuropäischen Ländern) zu scheitern droht oder für eine Situation in Russland mitgedacht wird, in der es für Putin bzw. für den engeren politischen russischen Führungszirkel höchst bedrohlich wird.

Die amerikanische politische Führung hat auf diese Drohung nach außen hin betont verhalten reagiert, um jegliche Eskalation zu vermeiden, dürfte aber nach innen die Risiken genauestens durchkalkulieren. Die Nato wurde wegen dieser Drohung in Alarmbereitschaft versetzt. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg betonte, dass angegriffene Nato-Staaten konsequent verteidigt werden.

Seit dem Kalten Krieg des letzten Jahrhunderts gibt es bis heute ständige Kontakte über eingerichtete Gesprächskanäle zwischen führenden Militärs der westlichen und der russischen Seite. Die Aufrechterhaltung dieser Kanäle dürfte höchst wichtig sein für die Vermeidung von Missverständnissen und ungeplanten Eskalationen.

- Ist die völlige militärische Enthaltensamkeit der Nato im Ukraine-Krieg richtig? Drohte bei ihrer militärischen Einmischung ein umfassender Krieg?

Ein direktes militärisches Eingreifen im Falle eines Nicht-Nato-Staates gehört nicht zu den Aufgaben der Nato. Es würde die Rolle der Nato unklar und unberechenbar machen. Die von der Ukraine, aber auch von osteuropäischen EU-Ländern verlangte Flugverbotszone, so verständlich dieser Impuls ist, würde das Eingehen eines immensen Risikos bedeuten, bis hin zu einer Eskalationsspirale, die den Einsatz von Nuklearwaffen herbeiführen könnte. Zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über der Ukraine müssten Nato-Einheiten bemannte russische Flugzeuge sowie Drohnen oder Marschflugkörper, die in diese Flugverbotszone einfliegen würden, abschießen. Es wäre naiv anzunehmen, dass Russland dies hinnehmen und auf Gegenschläge verzichten würde. Aus einem Ukraine-Krieg entstände dann ein allgemeiner Krieg.

- Inwieweit kann die Nato Deutschland bzw. Europa in Zukunft noch beschützen, insbesondere wenn man die US-Präsidenten-Wahlen 2024 mit einbezieht, bei denen Trump oder Republikaner wie De Santis siegen könnten, die die Nato in ihrer bisherigen Form nicht erhalten möchten?
- Zieht China aus dem Ukraine-Krieg positive Schlüsse für sein Vorgehen in Hongkong und für einen möglichen Angriff auf Taiwan? Oder beginnt in China gerade deswegen ein Nachdenken über einen „besseren Weg“?



Kurz- und mittelfristige Lösungsoptionen

- Was war vermutlich der konkrete militärische Plan Russlands für den Kriegsangriff auf die Ukraine?

Nimmt man die verfügbaren Informationen zusammen, so kann man vermuten, dass Russland plante, innerhalb weniger Tage Militär- und wichtige Infrastrukturen der Ukraine zu vernichten, die Hauptstadt Kiew einzunehmen, die ukrainische Regierung abzusetzen oder zu entmachten, die sofortige Kapitulation der Ukraine zu erzwingen und eventuell eine Marionetten-Regierung einzusetzen.

Dieser Plan ist gescheitert. Die russischen Bodentruppen sind nur schwer vorangekommen. Offenbar war die militärische Durchplanung schlecht. Es wurde wohl teils mit veraltetem Material sowie schlecht ausgebildeten und schwach motivierten Soldaten vorgegangen. Eine Reihe russischer Flugzeuge wurden abgeschossen, viele russische Panzer vernichtet. Zwei russische Generäle wurden getötet. Ukrainisches Militär und Freiwillige des Landes sind hingegen hoch motiviert und leisten erbitterten Widerstand. Im Unterschied zum Jahr der Krim-Annexion ist das ukrainische Militär deutlich besser ausgestattet und qualifiziert. Die Ukraine dürfte auch viel westliche Unterstützung in der Luftaufklärung haben. Da eine schnelle „Niederringung“ der Ukraine scheiterte, beginnt die russische Armee offensichtlich mit breiten Angriffen auf die ukrainische Zivilbevölkerung.

- Gibt es in Russland Institutionen, die die zentralistische Machtfokussierung auf den Präsidenten in Russland relativieren und die seine Entscheidungen korrigieren bzw. ihm in den Arm fallen könnten, beispielsweise Oligarchen, Parlament, Militär, breite Beraterkreise, Medien oder Öffentlichkeit? Oder sind alle diese Institutionen „gleichgeschaltet“ und Putin kann ihnen vollständig seinen Willen aufzwingen?

Es gibt einzelne Oligarchen, die Putins Angriff vorsichtig, aber offenbar vergeblich kritisieren. Die obersten Führungspersonen der wichtigsten staatlichen Institutionen hat Putin in einem Fernsehauftritt „vorgeführt“, also klargestellt, dass sie sowohl seine direkten Befehle auszuführen haben, und trotzdem sichtbar an allen russischen Aktionen beteiligt sind und dafür voll in der Mitverantwortung stehen. Es gibt immer wieder Proteste von einigen Tausenden russischer Bürger*innen, die seit Längerem in der Regel sofort verhaftet werden. In den beiden ersten Wochen nach dem Angriff wurden in mehreren russischen Großstädten insgesamt ca. 14.000 Protestierende festgenommen. Kritische Medien sind in Russland fast vollständig ausgeschaltet; die sozialen Medien hat die russische Führung blockiert; die fast gänzlich vorherrschenden Staatsmedien verbreiten die Sichtweise Putins bzw. des obersten russischen politischen Führungszirkels.

- Muss Putin ein "gesichtswahrender Ausstieg“ aus dem Ukraine-Krieg eröffnet werden, um a) unzählige Tote zu verhindern, b) Putin vom Verfolgen seiner Großmacht-Strategie abzubringen?

Putin bzw. der engere russische politische Führungszirkel haben bei dem Kriegsangriff mit hohem finanziellen, militärischen, aber auch rechtfertigend-ideologischem Einsatz operiert. Ein sofortiger Waffenstillstand und Rückzug ohne einen großen Gewinn aus diesem Angriff erscheinen aus ihrem Blickwinkel kaum möglich. Daraus speist sich ihre weitere Angriffs-Energie. Der Kriegsfortschritt gestaltet sich aus Sicht der russischen Führung völlig unbefriedigend. Die Sanktionen der westlichen Länder und ihrer Partner entfalten große Wirkung. Putin und seine Führung sind in großen Teilen der Welt völlig isoliert und haben dort alles Renommee und Vertrauen verloren. In dieser Situation müssen sich die westlichen Staaten und ihre Partner fragen, ob sie



Russland noch weiter in eine absolute Enge treiben, z.B. durch einen vollkommenen Stopp russischer Warenlieferungen, was Russlands Wirtschaft endgültig abstürzen lassen würde. Daraus könnte die Gefahr eines weiter gesteigerten hochgradig irrationalen Handelns Russlands resultieren. Es braucht relativ rasche Anstöße für ein Beenden des Angriffs, auf die sich Russland einlässt, und dabei nicht das Gefühl hat, als Paria dazustehen und gleichzeitig nichts für sich erreicht zu haben. Der russischen Führungsspitze dürfte inzwischen klar geworden sein, dass sie gemessen an ihren Zielen auf keinen Fall als absolute Gewinner aus diesem Konflikt hervorgehen kann.

Vermutlich sind in dieser Situation Vermittler sehr entscheidend. Für diese Rolle haben sich bisher angeboten der israelische Ministerpräsident Naftali Bennett, der türkische Staatspräsident Erdogan, der chinesische Staatspräsident Xi Jinping und, als politische Privatperson, Gerhard Schröder.

Bennett hat sich nicht direkt gegen Putin gewandt und ist Vertreter einer starken Ordnungsmacht im Nahen Osten. Erdogan pflegt sowohl zu Russland, als auch zur Ukraine gute Beziehungen. Bei aller Machtkonkurrenz zwischen Putin und Erdogan insbesondere um ihre Rolle im Nahen Osten haben die beiden es geschafft, ihre Machtzonen aufzuteilen und stets Wege der Verständigung zu finden. Dabei hat Erdogan jeweils ganz eigene Positionen. Er verurteilte den russischen Kriegsangriff, hat (zwar verspätet) die Meerenge Bosphorus für alle Kriegsschiffe, auch russische, gesperrt. Andererseits zeigt er Verständnis für die russischen Sicherheitsinteressen. Ein wichtiges Problem für das Nato-Mitglied Türkei besteht darin, dass das Land bei einem Angriff auf einen Nato-Staat automatisch in einen militärischen Konflikt gegen Russland hineingezogen würde.

Xi als oberster Repräsentant des zweitmächtigsten Staates der Erde hätte ein sehr großes Gewicht. Bei ihm ist aber die internationale Glaubwürdigkeit besonders unklar. In der Weltöffentlichkeit versucht er den Eindruck zu vermitteln, dass China in Bezug auf den Konflikt eine neutrale Position einnimmt. Er bewertet den russischen Angriff negativ, demonstriert Verständnis für die zerstörerische Wirkung des Angriffs auf das europäische Sicherheitsgefüge, kommuniziert mit verschiedenen europäischen Staatsoberhäuptern und bietet sich aktiv als Vermittler an. China hat teilweise die Lieferung von Ersatzteilen für russische Flugzeuge gestoppt und leistet Hilfslieferungen an die Ukraine. Auf der anderen Seite vermeidet China eine Verurteilung Russlands und zeigt Verständnis für die Sicherheitsinteressen Russlands. Vor dem Angriff hatte China proklamiert, seine strategische Partnerschaft mit Russland weiter vorantreiben zu wollen. In den Vereinten Nationen hat China in jüngerer Zeit gemeinsam mit Russland öfter problematische Positionen bezogen, z.B. im UN-Sicherheitsrat während des Syrienkrieges zusammen mit Russland ein Veto gegen die Einrichtung humanitärer Grenzübergänge eingelegt. Im Ukraine-Konflikt verurteilte China bei den Vereinten Nationen nicht den Angriff. Und übergreifend steht weiterhin die Drohung Chinas im Raum, Taiwan notfalls mit militärischer Gewalt der chinesischen Volksrepublik anzugliedern. Anders als in der Weltöffentlichkeit verbreiten chinesische Staatsmedien zustimmend die russischen Positionen zum Angriff auf die Ukraine. Einerseits hätte China also großes Gewicht als Vermittler, andererseits besteht die Frage, ob es diese Rolle glaubhaft für alle Seiten verkörpern kann.

Der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder hat einen engen persönlichen Draht zu Putin. Er bekleidet mehrere Management-Ämter in russischen Energie-Unternehmen, die er auch nach dem russischen Angriff, trotz dringlicher Forderungen aus der allgemeinen und der politischen Öffentlichkeit sowie aus der SPD nicht aufgegeben hat. Er ist ohne Absprache mit der deutschen Regierung und deutschen Politikern auf persönliche Initiative nach Russland gereist, um zu vermitteln.



Es spricht viel dafür, dass alle Vermittlungsversuche, die den militärischen Konflikt schnell stoppen würden, als positiv angesehen werden können. Es geht dabei um die Verhinderung zahlreicher weiterer Kriegstoter und um die Vermeidung einer Eskalationsspirale, die in einen Nuklearkrieg münden könnte. Die praktische Frage dabei ist jedoch, welchen Preis die beiden Kriegsparteien jeweils zahlen würden bzw. zu zahlen bereit sind. Denn *sie* sind die eigentlich Handelnden.

- Welche Lösungsmöglichkeiten führen die beiden Konfliktparteien aktuell an und wie sind die Chancen für deren Realisierung?

Beide Seiten signalisieren erste Zeichen einer Verhandlungsbereitschaft. Die theoretischen „Verhandlungspositionen“ zwischen Russland und der Ukraine liegen zurzeit noch unversöhnlich weit auseinander. Russland hat zwei Wochen nach Beginn seines Angriffs erklärt, dass der Militäreinsatz nicht auf den Sturz der ukrainischen Regierung ziele, sondern auf einen neutralen Status der Ukraine. Russland verlangt aber, dass die Ukraine die territoriale Zugehörigkeit der Krim zu Russland endgültig akzeptiert; dass sie die beiden „Teilrepubliken“ des Donbass (Luhansk und Donezk) als eigene, von ihrem Territorium getrennte Staaten anerkennt; dass sie die Möglichkeit eines Beitritts zur Nato aus ihrer Verfassung streicht und stattdessen ihre Verpflichtung zur Neutralität in die Verfassung aufnimmt (was offenbar sowohl die Zugehörigkeit zur Nato als auch zur EU meint); und dass sie sich vollständig demilitarisiert. Es ist möglich, dass Russland für weitere aktuell eroberte Gebiete einen Unabhängigkeits-Status von der Ukraine verlangen wird. Es kann sein, dass diese Forderungen für die Ukraine völlig inakzeptabel sein werden. Russland spricht nicht mehr davon, dass sich die Ukraine entnazifizieren und den „Völkermord“ an der russischen Ethnie im Donbass beenden müsse. Dies deutet darauf hin, dass die russische Föderation nicht mehr plant, die ukrainische Regierung abzusetzen und die gesamte Ukraine zu besetzen (was sie inzwischen wohl auch nicht mehr als realistisch ansieht). Die Entmachtung der ukrainischen politischen Führung hätte bedeutet, dass die russische Regierung keinen legitimen Partner für die aus seiner Sicht nun offensichtlich notwendigen Verhandlungen gehabt hätte. Bei einer möglichen dauerhaften Besetzung hätte Russland extrem viel Besatzer-Personal in der Ukraine vorhalten müssen (einige Experten sehen hier eine Größe von ca. 500.000 Personen). Es hätte dabei außerdem mit erheblichem Widerstand und einem dauerhaften Partisanenkrieg in diesem flächenmäßig sehr großen Land mit 44 Millionen Bewohnern rechnen müssen. Aus russischer Sicht ergäben sich immense Kosten bei zweifelhaftem Erfolg.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hat Putin direkte Gespräche angeboten. Dabei deutete Selenskyj an, dass er sich für die Ukraine einen Neutralitäts-Status in Bezug auf die Zugehörigkeit zu Militärbündnissen vorstellen könnte, dass dieser aber durch ein internationales Abkommen verbindlich abgesichert sein muss. Dies reflektiert die Erfahrung mit dem Budapester Memorandum von 1994, das Russland mit dem jetzigen Angriff auf die Ukraine vollständig gebrochen hat. Die Signatarstaaten müssten nach dem Willen der Ukraine neben Russland und der Ukraine sein: USA, Deutschland, Frankreich, Kanada und Australien. Offiziell betonte die ukrainische Regierung, dass das Ziel, Mitglied der Nato und der EU werden zu wollen, weiterhin bestehen bleibe, auch wenn dies „zurzeit nicht anstehe“. Die Ukraine will auf keinen Fall vor Russland kapitulieren, sondern den militärischen Widerstand bis zu einer Lösung konsequent aufrechterhalten. Die Forderungen Russlands nach Gebietsabtretungen der Krim, des Donbass und vielleicht noch weiteren Gebieten im Süden der Ukraine und eine völlige Entmilitarisierung wären für die Ukraine extrem hart und es wird sich zeigen, ob sie sie für unakzeptabel halten wird. Ohne eigenes Militär würde sie in Zukunft vor weiteren möglichen Angriffen Russlands schutzlos dastehen. Den Neutralitätsstatus kann sie nach eigenem Verständnis nur mit einer sehr wirkungsvollen internationalen Vertrags-Absicherung akzeptieren.



Langfristiges Handeln

Geostrategie und Sicherheits-Ordnung

- Hat der russische Angriff auf die Ukraine einen neuen Kalten Krieg eingeleitet, in dem man sich wie im ersten Kalten Krieg zwar bedroht, aber die jeweiligen Einflusszonen der anderen Seite akzeptiert? Oder tritt nach dem Heißen Krieg in der Ukraine eine neue Weltordnung in Kraft, in der, wie bis zum Zweiten Weltkrieg in Europa, ein permanenter Kampf um Einflussgebiete stattfindet und ständige Kriegsfurcht und Kriegsgefahr herrscht (Herfried Münkler)? Geht damit unwiederbringlich eine lange Friedensperiode für Europa zu Ende, und damit auch alle Arten von Friedensdividenden? Und wird dadurch eine extensive Hochrüstung europäischer Staaten fast zwangsläufig herbeigeführt?
- Zählt Russland für die zukünftige europäische Sicherheits-Architektur zu den bedeutendsten Ländern? Wenn ja: Wie kann man sich nach der oben aufgeführten Kette russischer militärischer Gewaltaktionen und dem jüngsten Kriegsangriff auf die Ukraine überhaupt ein Russland vorstellen, das sich auf einen entsprechenden konstruktiven Dialog mit dem Westen einlässt? Kann damit erst in der Zeit nach Putin begonnen werden? Muss man bereits jetzt weit über Putin hinausdenken und dies in gegenwärtige politische und militärische Strategien einbeziehen? Wie könnte eine zukünftige Sicherheits-Architektur in Europa unter Beteiligung Russlands aussehen? Und übergreifend gedacht: Wie soll überhaupt ein zukünftiges Europa unter Einschluss Russlands aussehen?
- Muss Europa einen teilweise von den USA unabhängigen Weg mit Russland finden? Sollte Deutschland dabei wie bisher eine Sonderrolle für sich beanspruchen, oder sollte dies zugunsten europäischer Vorgehensweisen endgültig ad acta gelegt werden? Würde eine neutrale oder eine „Mittler“-Position Deutschlands nicht wie oft in der Vergangenheit ein Risiko für Europa darstellen? Kann und sollte Deutschland trotz seiner historischen Belastungen eine Führungsrolle in der Neuordnung Europas wahrnehmen? Sollte das europäische Führungsteam dabei aus Deutschland und Frankreich bestehen?

Militärisches Langfrist-Handeln

- Ist angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine Pazifismus als Grundeinstellung praktisch tot? Oder sollte man ihn immer als „bessere Lösung“ wachhalten?
- Ist der jetzige Impetus Europas, angesichts einer als groß empfundenen russischen "Gefahr" das eigene Militär massiv zu stärken, völlig überzogen, irrational, gedankenlos überhastet oder selbst sogar konflikt- und kriegstreibend? Oder ist dies aus realpolitischer Sicht aufgrund der jüngsten Ereignisse inzwischen alternativlos geworden, sodass Europa nun ein teilweise von den USA unabhängiger eigenständiger, ernst genommener Machtblock werden sollte, der "auf Augenhöhe" geopolitisch und militärisch „mitreden“ kann, und so nicht einfach Spielball und Opfer anderer Mächte wird?
- Sollte man nicht statt mit einer massiven Stärkung des Militärs besser mit wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber den russischen Aggressionen operieren? Sollte man wegen der ständig drohenden nuklearen Auseinandersetzung nicht gerade deswegen immer diesen Weg wählen?



- Sollte es eine sehr eng verzahnte, effektive und effiziente *europäische* Militärpolitik geben? Soll die Errichtung einer Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft nun massiv vorangetrieben werden? Wenn ja, wie ließe sich dann das Verhältnis zu den USA und zur Nato bestimmen? Wer wären in einer derartigen neuen Institution die Schlüssel- bzw. Führungs-Nationen in Europa? Welche Rolle sollte dabei Großbritannien spielen? Sollte die EU „die Sprache der Macht lernen“ (Ursula von der Leyen), militärisch und geopolitisch? Welche Gefährdungen ergäben sich durch einen derartigen Ansatz?
- In welchem Maße soll die Bundeswehr militärisch ausgeweitet und ausgebaut werden? Muss und kann die Bundeswehr effektiver und effizienter werden? Wie sollte ein Konzept der Zukunft der Bundeswehr aussehen, auch im europäischen Kontext?

Eine 77-jährige Friedensphase ist in Europa zu Ende gegangen. In dieser Zeit sahen sich die Politiker berechtigt, das deutsche Militär massiv zurückzufahren und eine „Friedensdividende“ einzustreichen. Mit dem Ukraine-Krieg wurde deutlich, dass bei möglichen Angriffen Russlands oder anderer Länder die Bundeswehr nicht verteidigungsfähig ist und auch nicht in der Lage wäre, notwendige militärischen Aufgaben in Europa oder in der Nato zu übernehmen. Deutsche Politiker der meisten Richtungen haben den Schluss gezogen, dass die Bundeswehr deutlich gestärkt werden muss, sowohl für die Landesverteidigung, als auch für Nato-Aufgaben und gegebenenfalls zusätzlich für eine Beteiligung an einer neu geschaffenen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Die USA dürften wohl nicht immer, oder vielleicht bald gar nicht mehr, bereit sein, für Europa und speziell für Deutschland einen militärischen Schutzschirm aufzuspannen. Nun sind sich Europa und Deutschland gezwungen, Lösungen für diese Frage zu finden.

Bundeskanzler Scholz hat am 27.02.2022 im Bundestag verkündet, dass ein Sondervermögen von 100 Mrd. Euro für eine verbesserte Ausstattung der Bundeswehr geschaffen und im Grundgesetz verankert werden soll. Weiterhin soll ab dem Jahr 2022 jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär aufgewendet werden. Scholz hatte diesen Plan nicht direkt mit den Spitzen der Bundestagsfraktionen behandelt (auch nicht mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich), um ein Zerreden und Verzetteln bei diesem Plan zu vermeiden. Grob informiert, kurz zuvor, waren nur Vizekanzler Habeck und Finanzminister Lindner. Erforderlich für die Aufnahme des Sondervermögens ins Grundgesetz ist eine Zweidrittel-Mehrheit des Bundestages. Die Unions-Fraktion hat Zustimmung signalisiert.

Zukünftige Energiepolitik

- Hat sich Europa durch den umfangreichen Bezug fossiler Energieträger aus Russland wirtschaftlich und geostrategisch zu sehr von diesem Land abhängig gemacht und entstehen daraus große Nachteile?

40 Prozent des in der EU verbrauchten Erdgases stammen aus Russland. Weitere 38 Prozent kommen aus Norwegen. Europa, und insbesondere Deutschland, haben sich sehr stark in Bezug auf diese Energieträger von Russland abhängig gemacht. 55 % des in Deutschland verbrauchten Gases, 52 % der eingesetzten Steinkohle und 34 % des importierten Erdöls werden aus Russland bezogen. Man kann für Deutschland von einem „Klumpenrisiko Russland“ sprechen.

- Sind die Gaspipeline-Projekte Nord Stream 1 und Nord Stream 2 ein Fehler gewesen?

Von Russland aus führen zahlreiche Gaspipelines in westeuropäische Länder. Die meisten davon verlaufen über Land. Bei den beiden Nord Stream-Projekten handelt



es sich um Unterwasser-Pipelines. Die beiden Projekte wurden zwischen Unternehmen aus mehreren europäischen Ländern und aus Russland in Form eigener Firmen realisiert. Durch die Verlegung in der See vermeiden die Betreiberfirmen das Passieren von Transitländern auf dem Lande. Das Interesse Russlands an den beiden Projekten bestand darin, bewusst die Transitländer bisheriger Pipelines wie Belarus, Ukraine oder Polen zu umgehen, um Absprachen mit diesen Ländern und Verknüpfungen zwischen Lieferungen an diese und an westliche Zielländer zu vermeiden. Allgemein sind beide Seiten, die westlichen Zielländer und Russland, so nicht mehr durch Transitländer „erpressbar“. Außerdem sparen sie die beim Landtransport fälligen Transitgebühren ein. Andererseits sind die Kosten für den Betrieb der Unterwasser-Leitungen 1,5-mal so hoch wie im Falle von Land-Leitungen.

Die Eigentümer- und Betreiberfirmen von Nord Stream 1 sind: Gazprom (51 %; Russland), Wintershall Dea und E.on (beide Deutschland), Gasunie (Niederlande) und Engie (Frankreich). Die Doppel-Pipeline nahm in 2011 den Betrieb auf. Einige europäische Länder waren strikt gegen dieses Projekt, zum Teil wegen ihrer negativen historischen Erfahrungen mit Russland, zum Teil aus wirtschaftlichen Gründen, da sie bei Umgehung ihrer bisherigen landgestützten Leitungen Transitgebühren einbüßen. Im deutschen Wahlkampf 2005 war das Projekt Streitthema.

Nord Stream 2 wurde von den Firmen Gazprom, E.on (heute Uniper) und Wintershall (beide Deutschland), Royal Dutch Shell (britisch-niederländisch), OMV (Österreich) und Engie (Frankreich) gegründet. Die fünf nicht-russischen Unternehmen stiegen aus dem Gemeinschafts-Unternehmen aus, brachten aber 50 % der Finanzierungssumme des Projektes auf (jedes von ihnen 10 %). Nord Stream 2 wurde Anfang 2022 fertig gestellt und sollte sofort in Betrieb gehen. Wegen des Kriegs-Angriffs Russlands auf die Ukraine wurde das Projekt jedoch im Februar 2022 von der deutschen Regierung gestoppt. Die drei wichtigsten EU-Institutionen, Rat, Parlament und Kommission, sprachen sich gegen das Projekt aus, weil es die Interessen mehrerer EU-Länder verletze und die zu große Abhängigkeit von Russland noch verstärke. Folgende europäische Länder standen in grundsätzlicher Gegnerschaft zum Projekt: Polen, die baltischen Länder, Ukraine, südosteuropäische Länder (die aufgrund deutschen Druckes auf das Konkurrenz-Projekt South Stream verzichteten), Schweden, Dänemark und Frankreich. In 2017 verhängten die USA gegen Russland Sanktionen wegen seiner Beteiligung am syrischen Bürgerkrieg, seiner Cyber-Angriffe und seiner Einmischung in den amerikanischen Wahlkampf 2016. Die Sanktionen waren auch gegen die beteiligten Firmen an Nord Stream 2 gerichtet. Allerdings verfolgten die USA in diesem Zusammenhang auch wirtschaftliche Interessen, indem sie versuchen wollten, mit US-Flüssiggas russisches Gas aus Europa teilweise zu verdrängen.

Bereits Nord Stream 1 war wohl ein Fehler, da es die europäische Energie-Abhängigkeit von Russland verstärkte und die Interessen osteuropäischer und anderer Länder missachtete. Der Fehler von Nord Stream 2 war noch größer, da es (1) die europäische Energie-Abhängigkeit von Russland weiter verfestigte; (2) gegen die Interessen zahlreicher anderer europäischer Staaten jenseits Deutschlands verstieß, wobei Deutschland rücksichtslos seine Positionen durchsetzte; und (3) ein recht großes Konfliktfeld mit den USA darstellte.

- Müssen die bisherige europäische und speziell die deutsche Energiepolitik überdacht werden?

Die Ereignisse um die Ukraine verdeutlichten: (1) Die hohe Energie-Abhängigkeit von Russland hat zahlreiche europäische Länder, und Deutschland an erster Stelle,



erpressbar gegenüber Russland gemacht; (2) die Abhängigkeit kann stark verringert werden durch einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien; bei diesen sind die langen Genehmigungszeiten sowie die Befindlichkeiten von Bundesländern und Bürgern bzw. Bürger-Initiativen zu überprüfen und zu überdenken; (3) die Gefährlichkeit der Nutzung von Atomenergie ist neben der Endlagerproblematik auch an der Verletzlichkeit dieser Technologie in militärischen Konflikten deutlich geworden (alle sieben fundamentalen Sicherheitsgrundsätze der Internationalen Atomenergie-Agentur konnten bei den russischen Angriffen auf ukrainische Atomkraftwerke nicht eingehalten werden); (4) Energie-, Umwelt- und Sicherheitspolitik können nun stark zueinander finden.